

Attentat

Erkenntnisse über D.

Koalitionskrach in Berlin: Ist der CDU-Innensenator für das Versagen der Sicherheitsbehörden beim Mord an vier Kurden verantwortlich?

Die Eindringlinge kamen im Gleichschritt. Sie waren schwer bewaffnet mit Stöcken, Messern, Kabeln und Ketten und riefen im Chor: „Allah akbar“ – Gott ist am größten.

Unter Berufung auf den Allmächtigen schlugen im Frühjahr 1982 Anhänger des iranischen Ajatollah Chomeini auf dem Mainzer Universitätscampus regimiekritische Landsleute zusammen. Mittendrin prügelte Kazem Darabi, heute 34.

Der Iraner wurde wegen Landfriedensbruchs später auf Bewährung verurteilt, doch er durfte in Deutschland bleiben. Selbst das Auswärtige Amt in Bonn verwandte sich, auf iranische Bitte hin, beim Berliner Innensenator mehrfach für den Prügel-Perser.

Demnächst steht Darabi wieder vor Gericht – beschuldigt des „gemeinschaftlichen vierfachen Mordes“. Darabi hat, so das Ermittlungsergebnis, den Terrorüberfall auf iranische Kurdenführer im Griechenlokal „Mykonos“ am 17. September 1992 „maßgeblich geplant und vorbereitet“. Das mehrköpfige Terrorkommando hatte die Kurdenfunktionäre mit Schusswaffen regelrecht hingegrüht.

Bei dem Attentat im „Mykonos“ kam der Generalsekretär der Kurdischen Demokratischen Partei Iran (KDPI), Sadegh Scharafkandi, 54, um. Der Chef der für ein autonomes Kurdistan im Iran kämpfenden Organisation hielt sich zur Tagung der Sozialistischen Internationale in Berlin auf. Mit Scharafkandi starben drei weitere KDPI-Funktionäre.

Darabi war, so die Ermittler, einer der führenden Kader in der Deutschlandfiliale der mächtigen Hisb Allah – jener vom Iran finanzierten Gottespartei radikaler schiitischer Freischärler, die für zahlreiche Terrorakte sowie die meisten Entführungen westlicher Geiseln im Libanon verantwortlich ist.

Das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) halten Darabi zudem für einen Agenten des iranischen Geheimdienstes Savama. Das macht den Prozeß besonders brisant, weil damit erstmals das Regime in Teheran auf die Anklagebank gerät.

Vorgeführt werden aber auch die Berliner Sicherheitsbehörden. Sie haben im

Fall Darabi offenbar unprofessionell gearbeitet.

Darabi war, so stellt sich heraus, schon seit Mitte der achtziger Jahre vom Geheimdienst der Briten als „gefährlich“ registriert und bis 1990 observiert worden. Nach der Vereinigung übernahm das BfV die Überwachung, strich den Iraner jedoch im November 1991 von seiner „Prioritätenliste“.

Rund sieben Monate vor der Tat „ermahnte“ der polizeiliche Staatsschutz Darabi und andere Hisb-Allah-Aktivisten „in einem persönlichen Ge-

festgestellt, sei in seiner Arbeitsfähigkeit derzeit „erkennbar eingeschränkt“.

Abhörspezialisten konnten nicht eingesetzt werden, weil sie erst umgeschult werden mußten, einen geeigneten Dolmetscher für den Lauschangriff gegen Darabi suchten die Berliner beim Kölner Bundesamt und beim Bundesnachrichtendienst monatelang ohne Erfolg.

Die Berliner Sicherheitsbehörden blieben selbst dann noch untätig, als sich die Hinweise auf mögliche Hisb-Allah-Aktionen gegen israelische oder ameri-

kanische Einrichtungen in Berlin und anderen Städten häuften.

Als schließlich die Sozialistische Internationale in Berlin tagte und „für 52 Top-Namen ein Sicherheitskonzept entwickelt werden mußte“ (Heckelmann), waren die späteren Opfer nicht auf der Liste. Die Polizei hatte auch keine Ahnung von ihrer Existenz – aus Sicherheitsgründen waren die Kurdenführer unter falschem Namen eingereist.

Zumindest bei der Aufklärung der Terrorat waren die Ermittler auf Draht. Bereits knapp drei Wochen nach dem Massaker verhafteten die Fahnder Darabi und vier mutmaßliche Mittäter, darunter den Libanesen Youssef Amin, 25. Der belastete Darabi als „Chef“ der Operation.

Nicht nur FDP und Bündnis 90/Grüne wollen im Abgeordnetenhaus von einem Untersuchungsausschuß klären lassen, ob der Innensenator die folgenschwere Panne zu verantworten hat. Auch der sozialdemokratische Regierungspartner dringt auf Untersuchung – Zündstoff für die Große Koalition. Es müsse geklärt werden, fordert der SPD-Abgeordnete Helmut Hildebrandt, ob Heckelmann „Verantwortung für unterlassene Sicherheitsleistungen“ trage.

Senator Heckelmann verteidigt sich mit dem schlichten Hinweis, der Antrag der Verfassungsschützer, Post und Telefon von Darabi zu überwachen; sei erst einige Tage nach dem Attentat auf seinen Schreibtisch gekommen. Vorher, beteuert Heckelmann, habe er keine „Erkenntnisse über D.“ gehabt.



Spurensuche am „Mykonos“: Opfer nicht auf der Liste

sprach zu politischer Zurückhaltung“, so räumte Innensenator Dieter Heckelmann (CDU) ein. Das sei, verteidigen sich die Staatsschützer jetzt, eine reine Präventivmaßnahme gewesen. Niemand habe Darabi ernsthaft als „potentiellen Attentäter“ eingestuft.

Allerdings: Schön im Februar 1992 hatte das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz den Berliner Verfassungsschützern dringlich nahegelegt, Darabis Telefon abzuhören und seine Post zu überwachen.

Die Berliner Geheimdienstler, die ebenso wie die Staatsschutzabteilung der Polizei Heckelmanns Dienstaufsicht unterstehen, brauchten sieben Monate, bevor sie dem Drängen nachkamen.

Das Amt, so hatte eine Kommission unter Leitung des ehemaligen BfV-Chefs Gerhard Boeden kurz vor der Abhörempfehlung gegen Darabi zutreffend